

Jugendparlament für ein erweitertes Europa

15.-20. September 2002
Landtag Rheinland-Pfalz



Resolution und Anhang

erarbeitet von Jugendlichen aus
Deutschland
Frankreich
Polen
und den Niederlanden



Zum Geleit

Die hier vorliegende Resolution besteht aus fünf Teilen und einem Anhang. Rund 100 Jugendliche aus Frankreich, Deutschland, Polen und den Niederlanden haben diese Resolution in zwei Tagen Beratung erarbeitet und verabschiedet. Dies geschah im Rahmen des „Jugendparlaments für ein erweitertes Europa“, das vom 15. bis 20. September im Landtag Rheinland-Pfalz tagte. Veranstalter waren der Landtag des Landes Rheinland-Pfalz sowie die dortige Landeszentrale für politische Bildung. Das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) mit Sitz in München hat die Veranstaltung inhaltlich vorbereitet und betreut. Zu den Beratungen standen den Jugendlichen Landespolitiker/innen als Diskussionspartner/innen und Informationsquelle zur Verfügung.

Die fünf Bereiche, mit denen sich die Resolution befasst, lauten

- Osterweiterung der EU (S. 3 - 6)
- Europäische Verfassungsdebatte (S. 7 - 8)
- Jugend in Europa (S. 9 - 12)
- Asyl, Zuwanderung und Integration (S. 13 - 16)
- Umwelt und Nachhaltigkeit (S. 17 - 19)

Ein Teil der Jugendlichen aus Polen hat zu den Bereichen Umweltschutz, Gleichberechtigung und Landwirtschaft ein eigenes Papier erstellt, das im Plenum vorgestellt wurde, über das jedoch keine Abstimmung erfolgte. Dieses Papier ist in deutscher Übersetzung im Anhang abgedruckt (S. 20 - 22).

Die Resolution versteht sich nicht als endgültige und umfassende Erörterung bestimmter Themenkomplexe, sondern stellt einen Ausschnitt dessen dar, was die Jugendlichen in der zur Verfügung stehenden Zeit - zum Teil auch sehr kontrovers - diskutiert haben. Ebenso wenig erhebt sie den Anspruch auf Vollständigkeit oder unzweifelhafte Richtigkeit. Bestimmte Bereiche bedürfen einer Vertiefung oder einer intensiveren Diskussion. Die Resolution zeigt jedoch, dass junge Menschen durchaus an Europa interessiert sind, und legt die Schwerpunkte offen, mit denen junge Menschen an dieses Thema herangehen.

Die Veranstalter



Jugendparlament

für ein erweitertes Europa

15.-20. September 2002
Landtag Rheinland-Pfalz

Drucksache 18.09.2002-Juparl/Ost

Osterweiterung der Europäischen Union

Die Osterweiterung bietet die historisch einmalige Gelegenheit, die Trennung Europas durch den Kalten Krieg endgültig zu überwinden. Trotz evidenter Probleme gilt es, den Prozess der europäischen Vereinigung voranzutreiben und so einen gesamteuropäischen Raum des Friedens, Wohlstands und der Demokratie zu schaffen.

Problemfeld und Herausforderung Wirtschaft

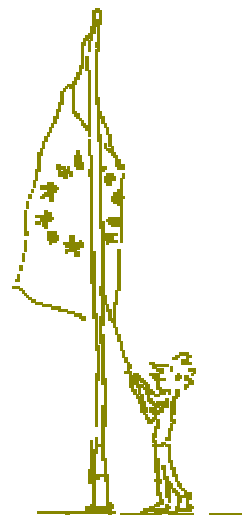
Allgemeine Probleme und Lösungen makroökonomischer Art

Probleme:

- Immer noch besteht eine ökonomische Disparität zwischen den alten und neuen EU-Ländern.
- Der EU-Reformprozess ist im Stocken, eine weitere Belastung durch die Aufnahme neuer Länder könnte die EU in ihrer Struktur schwächen. Die Beteiligung der neuen Mitgliedsländer an den EU-Organen ist nicht klar definiert.
- Nur durch eine Umschichtung können die Kosten der Osterweiterung gedeckt werden.

Lösungen:

- Durch freien Warenverkehr können beide Seiten wirtschaftliche Vorteile nutzen und neue Absatzmärkte gewinnen.
- Bei einem schnellen Beitritt (ab 2004) besteht die Hoffnung, dass die wirtschaftlichen Gegensätze einfacher überwunden werden.



Problematik der Landwirtschaft

Probleme bei der EU-Osterweiterung

- Eine Reform des jetzigen Agrarsubventionsprinzips ist notwendig, um den EU-Haushalt nicht zu sprengen.
- Viele Landwirte befürchten den Verlust ihrer Existenz.

Informationsangebote müssen präsent gemacht werden.

- Die Regierungen in den Kandidatenländern gehen Reformen im primären Sektor nur sehr zögerlich an, diese dürfen aber nicht nur auf die Zeit nach dem EU-Beitritt und damit auf Brüssel abgeschoben werden.

⇒ Zwar stellt die Umstrukturierung in den Kandidatenländern eine schwere Hürde dar, darf aber nicht den Beitrittsprozess behindern.

Zukunftsvision Landwirtschaft

- Keine Subventionen für „industrielle“ Agrargroßbetriebe, sondern Förderung von „Ökobetrieben“.
- Neuschaffung des Subventionsprinzips, das die Beschäftigungszahl je Betrieb berücksichtigt. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt EU-Agrarkommissar Franz Fischler in seinem von ihm vorgelegten Konzept.

Finanzierungsvorschläge

Einrichtung eines neuen Steuersystems

- Direkte, europaweit gleiche Steuerabgaben auf bestimmte Produkte (z.B. Benzin, Strom etc.), deren Verwaltung und Erhebung vom Europäischen Parlament kontrolliert sowie mitbestimmt werden.

Bürgernähe

Die Osterweiterung der EU ist eine unbestrittene Tatsache, jedoch bestehen Ängste und Vorurteile, sowohl in den bisherigen EU-Mitgliedstaaten, als auch in den

Beitrittsländern. Diese werden durch mangelndes Wissen und Interesse aufgrund der Undurchsichtigkeit der europäischen Entscheidungsprozesse hervorgerufen.

Ferner lässt sich sowohl in den derzeitigen Mitgliedstaaten der EU, als auch bei den Beitrittskandidaten ein Anwachsen der europakritischen Lobby feststellen. Um diesen Tendenzen vorzubeugen, schlägt das Jugendparlament folgende Maßnahmen vor:

Institutionelle Reformen zur Überwindung des Demokratiedefizits:

- Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments
- Eine ständige Vertretung der europäischen Jugend (Jugendparlament) sowohl auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene
- Einrichtung von multifunktionellen Europa-Informationszentren, die Austauschmaßnahmen und Partnerschaften vermitteln und ein Forum für Europa-interessierte bieten

Integration von europabezogenen Lehrinhalten in die Bildung:

- Gestaltung eines europäischen Bewusstseins durch möglichst frühen Kontakt mit anderen Kulturen und Sprachen
- Stärkere Einbeziehung von europaspezifischen Themen in die Lehrinhalte an Schulen und Universitäten
- Staatlich stärker subventionierte Austauschmaßnahmen und Auslandssemester vor allem in den EU-Beitrittsländern

Forderungen an die Medien:

- Verstärkte, objektive europabezogene Berichterstattung
- Zielgruppenbezogene Sendungen im Fernsehen, die Vor- und Nachteile der EU-Erweiterung aufzeigen
- Werbespots im Fernsehen, die auf Informationsmöglichkeiten (Europa-Informationszentren) verweisen

Identität

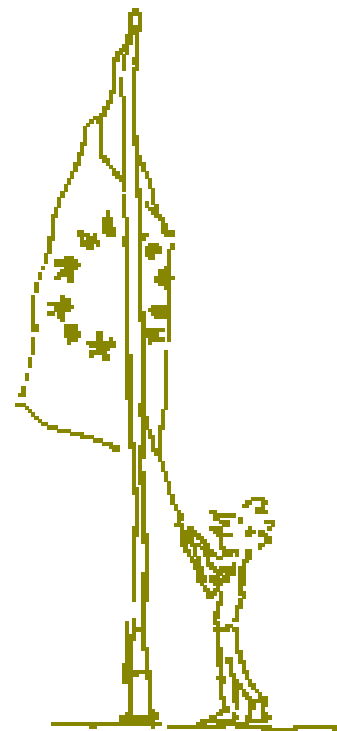
Die Frage der Identität ist bezüglich der nationalen Identität im Kontrast zu der europäischen Identität schwer zu thematisieren.

- Davon ausgehend, dass in den Staaten, die den Beitritt in die Europäische Union beantragt haben, Ängste bestehen, die eigene Identität zu verlieren, und in den jetzigen Mitgliedstaaten der EU Ängste in Bezug auf die Wirtschaftslage existieren, fordern wir, den Menschen in diesen Ländern nahe zu bringen, dass sie einen wirtschaftlichen Vorteil durch einen Beitritt in die EU haben, dafür aber ihre eigene Identität nicht aufgeben müssen.

Gemeinsame Wurzeln als Basis für die Zukunft

Ein erweitertes Europa basiert auf einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die ein gleiches Wertesystem und auf einer pluralen Demokratie beruhende politische Systeme entwickelt hat.

Diese Gemeinsamkeiten machen die europäische Identität aus, in der jede regionale und nationale Kultur eine Bereicherung bedeutet. Aus diesem Grund fordern wir eine zügige Erweiterung auf der Basis der in Kopenhagen festgelegten Kriterien und der Verhandlung über den Besitzstand.



Jugendparlament

für ein erweitertes Europa

15.-20. September 2002
Landtag Rheinland-Pfalz

Drucksache 18.09.2002-Juparl/Verfa

Europäische Verfassungsdebatte

1. In der Debatte um eine europäische Verfassung schlagen wir eine "Grundordnung" vor.

Diese muss bindend für alle Mitgliedstaaten sein. Wir schlagen vor, ein europäisches "Verfassungsgericht" einzurichten, vor dem jeder EU-Bürger seine auf der Grundordnung basierenden Rechte einklagen kann.

Die Grundordnung bildet den übergeordneten Rahmen für die nationalen Verfassungen, die durch sie nicht angetastet werden.

Die Grundordnung enthält die Grundrechtecharta und beschreibt den Aufbau der Europäischen Union, d.h. die Struktur der Organe und ihre Kompetenzen.

2. Reform der Institutionen

Die Legislative besteht aus zwei Kammern, der Staatskammer und der Volkskammer.

Die Volkskammer besteht aus einer noch festzulegenden Zahl von Abgeordneten, die von allen EU-Bürgern mittels personalisiertem Verhältniswahlrechts gewählt werden. Die europäischen Regionen bilden Wahlkreise für Direktkandidaten, länderübergreifende Parteilisten ermöglichen die Wahl einer Partei per Zweitstimme. Die Abgeordneten gehören europaweiten Parteien an. Die Volkskammer hat das Initiativrecht.

Die Staatskammer besteht aus einem EU-Minister je Mitgliedsland. Damit ein Gesetz zustande kommt, muss sie mehrheitlich zustimmen.



Die Umsetzung der Richtlinien wird von der Kommission kontrolliert. Sie wird aus der Volkskammer heraus mehrheitlich gewählt. Sie muss von der Staatskammer bestätigt werden. Die freigewordenen Sitze der Volkskammer werden durch die Parteilisten aufgefüllt. Zusätzlich ist die Kommission für die Bildung der thematischen Ausschüsse zuständig.

Als beratende Instanzen bei der Gesetzgebung werden thematische Ausschüsse gebildet und das Europäische Jugendforum in der jetzt bestehenden Form konsultiert. Die thematischen Ausschüsse bestehen aus den zuständigen Fachministern der Mitgliedstaaten, Experten und Nichtregierungsorganisationen. Die thematischen Ausschüsse treffen sich bei gegebenem Anlass. Das Europäische Jugendforum bildet ein ständiges Organ.

Der europäische Gerichtshof bleibt in seiner jetzigen Form bestehen.

Für die Regelung des Haushalts und für die Ausarbeitung von wirtschaftlichen und politischen Statistiken und Zahlen ist ein EU-Rechnungshof zuständig.

3. Die Souveränität eines jeden Mitgliedstaates bleibt bestehen.

Die europäischen Organe besitzen die Richtlinienkompetenz, d. h. sie geben den Mitgliedstaaten Rahmenbedingungen, Ziele und Fristen. Diese werden abhängig von den Landesverfassungen durchgeführt. Bildung und Kriminalitätsbekämpfung gehören u.a. zu solchen Bereichen.

4. Bürgernähe

Die Bürger Europas müssen mehr über die Idee Europa aufgeklärt werden, sei es durch Medien oder Plakate. Den Bürgern muss Ihre Rolle in Europa klar gemacht werden.

Volksabstimmungen, die den Ländern Europas nahegelegt werden, sollen den Bürgern die Möglichkeit geben, bei europapolitischen Entscheidungen mitzuwirken und an der Politik teilzunehmen.

Jugendparlament

für ein erweitertes Europa

15.-20. September 2002
Landtag Rheinland-Pfalz

Drucksache 18.09.2002-Juparl/Jug

Jugend in Europa

Aufbauend auf den im EU-Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ und der Agenda 21 genannten Grundsätzen, besteht die Forderung, Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungsprozessen innerhalb der EU aktiv zu beteiligen. Das Jugendparlament für ein erweitertes Europa hat sich Gedanken gemacht, wie eine solche Mitwirkungsmöglichkeit gestaltet werden könnte.

Wir haben hierfür besonderes Augenmerk auf die folgenden Themengebiete gerichtet:

- Partizipation allgemein
- Formelle Bildung
- Nicht-Formelle Bildung

Wir kamen zu den folgenden Ergebnissen:

Partizipation

Ein wichtiges Ziel der Europäischen Jugendpolitik ist die Einbeziehung der Jugendlichen selber, im Folgenden wollen wir unseren Ansatz dieser Einbeziehung mit zwei konkreten Vorschlägen vorstellen:

1. Wir schlagen den Landesschülervertretungen vor, auf einer Landesschülerkonferenz (LSK) einen Beauftragten für Europa zu wählen. Deren Aufgabe ist, als Teil eines europäischen Netzwerkes von solchen Beauftragten, Informationen an die LSKs und so auch an die einzelnen Schulen weiterzugeben. Sie sollen als Bindeglied



zwischen dem Europäischen Jugendforum und den Jugendlichen vor Ort dienen. Da nicht in allen EU-Staaten Strukturen wie die Landesschülerkonferenz bestehen, ist es notwendig, den Mitgliedstaaten die Bildung einer solchen Organisation nahe zulegen.

2. Die Forderung nach Jugendräten, verankert im Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ zum Thema Jugend, unterstützen wir. Unsere konkreten Vorschläge hierzu sind: Die Jugendräte sollen von regionalen Zusammenschlüssen und Interessengemeinschaften der Jugendorganisationen, in Deutschland z.B. dem Kreisjugendring, bestimmt werden; Die Jugendräte sollen mindestens zwei Vertreter zwischen 16 und 25 Jahren für eine Region stellen. Sie sollen vor allem Informationen über die Beschlüsse des Europäischen Jugendforums weitergeben. Außerdem sollen sie aktiv Anliegen aus der Region an die nationalen Organisationen, die die Jugendlichen im Europäischen Jugendforum vertreten, weiterleiten. Durch ein Internet-Forum sollen Informationen der Jugendräte ausgetauscht werden, ebenso auf lokaler Ebene in Schulen (SV) und Verbänden.

Formelle Bildung

Ziel:

Austausch und Information der Jugendlichen in Europa und über Europa fördern, damit sie ihre Chancen, die ihnen ein vereintes Europa bietet, nutzen können. Ihnen soll ermöglicht werden, ihre Position in Europa wahrzunehmen und gleichzeitig Vorurteile und Ängste gegenüber anderen Ländern und Menschen abzubauen.

Wege:

1. (Fremd-)Sprachenunterricht fördern = Verständigung fördern:

Ein Weg, das oben formulierte Ziel zu erreichen, ist die Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts an den Schulen. Für uns heißt das, dass europaweit Englisch als erste Fremdsprache unterrichtet werden soll, und das möglichst schon durch eine spielerische Annäherung ab der 1. Klasse.

Kindern und Jugendlichen sollen die Wichtigkeit des Erlernens fremder Sprachen und die Möglichkeit, diese im Rahmen von Austauschprogrammen oder englischsprachigem Unterricht anwenden zu können, vermittelt werden.

2. Vorbereitung auf ein Leben als aktives Mitglied Europas:

Schulen sollen die Schüler im Rahmen von Politik- und Sozialkundeunterricht besser über aktuelle Entwicklungen auf Europaebene informieren und ihnen das Thema „Europa“ nahe bringen. Dazu gehört auch das intensive Lernen über andere Länder und Kulturen. Um den Bezug zum wirklichen Leben zu schaffen, soll Projektarbeit unter Einbeziehung von Politikern, Wissenschaftlern etc. gefördert werden. Auch soll die Möglichkeit geschaffen werden, schon während der Schulzeit Praktika im europäischen Ausland zu absolvieren.

Verstärkt soll dieses Lernen im Ausland während des Studiums oder der Ausbildung fortgesetzt werden. Das beinhaltet die problemlose Anerkennung von Scheinen und Abschlüssen innerhalb Europas.

3. Angleichung der Ausbildungssysteme:

Es muss mehr Austausch im Bildungsbereich zwischen den unterschiedlichen Ländern Europas stattfinden. Das bedeutet, dass Angleichung in Teilbereichen (z.B. beim Notensystem oder der Länge der Schulpflicht) ermöglicht wird, genauso aber Unterschiede gewahrt werden.

Nicht-Formelle Bildung

Die nicht-formelle Bildung beinhaltet das Sammeln von (Lebens-) Erfahrungen durch selbständige Aktivitäten bzw. durch Eigeninitiative.

Wir betrachten die nicht-formelle Bildung als einen wichtigen Schritt zum Erlangen und Gewährleisten der sozialen Integration. Hiermit wollen wir sowohl das europäische Bewusstsein stärken als auch die Angst vor der Andersartigkeit nehmen.

Deswegen berufen wir uns auf das Weißbuch (Anhang 1, Paragraph 5.2, Freiwilligenarbeit): *„Anerkennung und Aufwertung der Freiwilligenarbeit als nicht formale Lernerfahrung“*

So fordern wir:

1. Eine neue rechtliche Definition des Status der Freiwilligenarbeit durch die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Jugendforum
2. Die Einführung einer in ganz Europa anerkannten Bescheinigung, welche die Freiwilligenarbeit dokumentiert

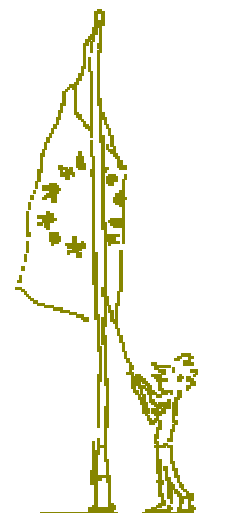
Das Fernziel, das wir vor Augen haben, ist **die stärkere Aufwertung nicht-formaler Bildung gegenüber formaler Bildung.**

Um den Erfolg unseres Fernziels zu ermöglichen, erscheint uns der intensive Informationsaustausch als unbedingt notwendig, da Jugendliche nur durch Informationen zur Partizipation motiviert werden können. Diese Informationsarbeit muss:

1. den Bereich der nicht formalen Bildung auf europäischer Ebene koordinieren
2. von Jugendlichen für Jugendliche gemacht sein (evtl. durch Broschüren oder Treffen auf regionaler Ebene)
3. durch das Jugendforum zumindest finanziell und ideell unterstützt, wenn nicht sogar organisiert werden

Wir empfehlen an dieser Stelle ein europäisches Internetforum zum Informationsaustausch einzurichten. Durch diesen Informationsaustausch sollen Projekte im nicht-formellen Bildungsbereich stärker gefördert werden. Diese können beispielsweise sein:

- Europäische Austauschmöglichkeiten über Jugendverbände
- freiwillige Europäische Praktika
- Europäische Workcamps



Jugendparlament

für ein erweitertes Europa

15.-20. September 2002
Landtag Rheinland-Pfalz

Drucksache 18.09.2002-Juparl/Asyl

Asyl, Zuwanderung und Integration

Das Jugendparlament für Europa,

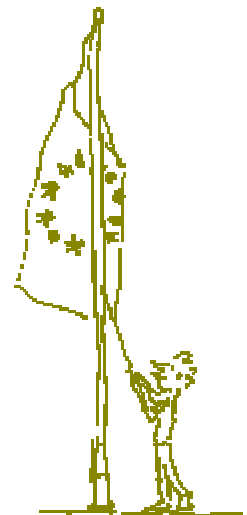
- unter Berücksichtigung der Verträge über die Europäischen Gemeinschaften,
- unter Berücksichtigung der im Jahr 1951 beschlossenen Genfer Flüchtlingskonvention,
- unter Berücksichtigung der im Jahr 2000 beschlossenen Grundrechte-Charta,
- unter Hinweis auf die bereits bestehende europäische Zusammenarbeit,
- unter Berücksichtigung, dass die Frage der Zuwanderung für die Europäische Union eine besondere Bedeutung entfaltet, gerade weil die Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten durchlässig sind und Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen ungehindert in der Gemeinschaft bewegt werden können,

spricht sich für Folgendes aus:

Im Bereich Asyl:

Ist-Zustand:

1. Jedes Land hat seine eigene Grenzpolizei, wofür es selbst die Kosten trägt.
2. Asylbewerber müssen in dem ersten Land der EU, das sie betreten, den Asylantrag stellen.
3. Jedes EU-Land hat seine eigenen Gesetze zum Thema Asyl, die unterschiedlich sind.



Probleme:

- Zu 1. Da manche EU-Länder „größere“ Außengrenzen haben, die aber die gesamte EU eingrenzen, sind die Kosten für die Grenzbeamten innerhalb der EU ungleich verteilt.
- Zu 2. Einzelne Länder haben dann eine stärkere Belastung als andere (z.B. im Jahr 2000 hatte Großbritannien knapp 98000 Asylanträge und Finnland im selben Jahr nur rund 3000 zu bearbeiten).
- Zu 3. Die Aufnahmebedingungen sind sehr unterschiedlich zwischen den einzelnen Ländern und auch ungerecht gegenüber einzelnen Asylbewerbern.

Lösungsvorschläge:

- Zu 1. Eine einheitliche Grenzpolizei mit gemeinsamer Finanzierung und Koordination. Die Höhe der einzelnen Beiträge der Länder soll von ihrem Bruttoinlandsprodukt abhängen.
- Zu 2. Die Asylanträge sollen an einer zentralen Behörde der EU gestellt werden. Während der Bearbeitungszeit hält sich der Asylbewerber in dem Land auf, von wo aus er den Antrag gestellt hat. Die Bearbeitungszeit sollte höchstens 4 Wochen betragen.
- Zu 3. Einheitliche Regelung in der EU mit einem zentralen Sitz der zuständigen Behörde, welche die Anträge bearbeitet. Diese Zentrale soll die Verteilung der Asylberechtigten auf die einzelnen EU-Länder regeln.

Verteilungskriterien:

- bestimmtes Zahlenverhältnis zwischen Einwohnern und Asylberechtigten
- Bruttoinlandsprodukt
- Arbeitsmarktsituation
- Wunsch des Migranten (sofern möglich zu berücksichtigen)

Im Bereich Zuwanderung:

1. Europäische Einwanderungszentrale

Ist-Zustand:

Ein großes Problem in der Europäischen Union ist die Eigenständigkeit der einzelnen EU-Staaten im Bereich der Migrationspolitik. Viele der Länder verfügen über keine

eindeutige Institution – unabhängige Beauftragtenwesen für Ausländer-, Aussiedler- und Asylpolitik sind keine Seltenheit.

Lösungsvorschläge:

Um dieser unübersichtlichen Verwaltung der Zuwanderer in Europa entgegenzuwirken, muss man eine Europäische Einwanderungszentrale schaffen. In diese sollte ein Forschungsinstitut zur Beobachtung und Analyse von Migrationsverhalten integriert sein. Die hauptsächlichen Vorteile einer solchen Zentrale zeigen sich wie folgt:

- Die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung von außerhalb der Europäischen Union bleibt überschaubar.
- Eine zentrale und gemeinsam abgestimmte Migrationspolitik wird möglich.
- Immigranten und Asylbewerber können innerhalb der EU-Staaten optimal verteilt werden.
- Einwanderungs- und Eingliederungsprozesse werden effizienter abgewickelt.
- Durch parteiunabhängige und nicht an Legislaturperioden gebundene Mitarbeiter kann eine langfristige und damit auch effektivere Einwanderungspolitik betrieben werden.

2. Verringerung von Zuwanderung

Lösungsvorschläge:

- Hilfe für die unterentwickelten Länder beim Aufbau eines modernen wirtschaftlichen Systems, z.B. Subventionen, Filialen der ausländischen Firmen in den Ländern. Die oben genannten Maßnahmen würden die Zuwanderung begrenzen.
- Verbesserung der Ausbildungsstrukturen in den Herkunftsländern.
- Vereinheitlichung des Rechts in Bezug auf die illegalen Zuwanderer in den EU-Ländern.
- Nach der Osterweiterung sollen die Grenzkontrollen verschärft werden, bis sich die Lage in der EU stabilisiert hat.
- Austausch von Arbeitskräften zwischen den EU-Staaten (z.B. wenn ein Land Informatiker benötigt und ein anderes Biologen, können die Arbeitnehmer „getauscht“ werden).

- Aufklärung darüber, dass begrenzte und kontrollierte Zuwanderung keine Bedrohung darstellt, sondern eine Möglichkeit für die Integration und Entwicklung ist.

Im Bereich Integration:

Ist-Zustand:

Wir haben vier Länder betrachtet, nämlich Russland, Polen, Deutschland und die Niederlande. In allen vier Ländern gibt es viele Zuwanderer. In allen Ländern gibt es Schwierigkeiten mit der Integration. Diese sind zum Teil verursacht durch Vorurteile der Bevölkerung. Wir haben uns darum bemüht, Lösungen zu diesen Vorurteilen zu finden. Dazu muss man zuerst wissen, woher die Vorurteile kommen: durch Erziehung, Angst vor Fremden, die Suche nach einem Sündenbock, Interesselosigkeit und Unwissenheit.

Lösungsvorschläge:

- Kulturtage veranstalten. Auf jeden Fall könnten die Ausländer sowie die Einheimischen versuchen, soviel wie möglich die gegenseitigen nicht-religiösen Feiertage zu besuchen und für einander offen zu halten. Schulen sollten sich darum bemühen, mehr mit den verschiedenen Kulturen zu machen, wie jetzt mit den verschiedenen Sprachen. Vielleicht wäre es möglich, Kulturfeste auf großer Ebene zu veranstalten.
- Großes Angebot an Wohnmöglichkeiten anbieten. Die Einwanderer sollten besser über die Städte verteilt werden, um Ghettobildung zu verhindern. Man sollte dies schmackhaft machen, zum Beispiel mit billigeren Häusern. Man kann niemandem einen Wohnort vorschreiben. Dieser Punkt betrifft Leute, die als Einzelne nach Deutschland kommen, damit sie besser integriert werden.
- Stimulieren, in einem Verein mitzuwirken. Vereine könnten Zuwanderer anwerben. Zugleich soll darauf geachtet werden, dass es keine Vereine gibt, die Mitglieder von nur einer Nationalität haben. Die Nationalitäten sollten richtig gemischt werden, auch mit Einheimischen.
- Funktion der Medien. Die Medien haben sehr viel Einfluss auf die Bevölkerung. Sie sollten mehr Aufklärung über die verschiedenen Kulturen und vor allem Rechtsextremismus geben.

Jugendparlament

für ein erweitertes Europa

15.-20. September 2002
Landtag Rheinland-Pfalz

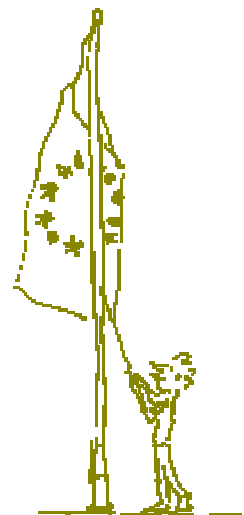
Drucksache 18.09.2002-Juparl/Umw

Umwelt und Nachhaltigkeit

Gerade in Deutschland ist nach der verheerenden Flutkatastrophe die Diskussion um den Umweltschutz an der Tagesordnung. Der Treibhauseffekt zeigt seine ersten Auswirkungen auch bei uns – dabei ist es nur die Spitze des Eisbergs. Viele Länder haben sich auf den Gipfeln von Kyoto, Rio und aktuell Johannesburg zu einer umweltverträglicheren Politik verpflichtet – ein wichtiger erster Schritt. Dennoch sieht die Situation alles andere als gut aus. Jeden Tag sterben weltweit 100 Arten aus. In den letzten 30 Jahren ist die Vielfalt um ein Drittel gesunken, in den Weltmeeren sogar um die Hälfte. Die einst versprochenen Werte sind noch längst nicht erreicht, zum Teil hat sich die Situation sogar verschlechtert. Dabei müssten die europäischen Staaten nur ein bis zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes investieren, um den Kohlendioxid-Ausstoß um 50% zu reduzieren.

Um unsere Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft nachhaltig zu gestalten, bedarf es eines Umdenkens. **Die europäische Industrie, die Staatengemeinschaft und jeder einzelne Bürger muss bereit sein, Verantwortung für die Gestaltung einer Welt zu übernehmen, die den kommenden Generationen eine Lebensqualität, die mindestens der heutigen entspricht, ermöglicht.**

Die derzeitig beunruhigende Situation verlangt tiefgehende Maßnahmen und mutige Reformen, die so schnell wie möglich realisiert werden müssen.



Wir fordern eine EU-weite Ökosteuer auf folgende vier Punkte:

- **Rohstoffe, z. B. Benzin, Kerosin, fossile Brennstoffe (Kohle, etc.)**
- **Strom aus nicht-regenerativen Energiequellen (u.a. Atomkraft)**
- **Die Luft-, Boden-, und Wasserbelastung durch Unternehmen**
- **Maut auf Gütertransporte per LKW, um europaweit den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern**

Mit den Einnahmen unterstützen wir nachhaltige Projekte finanziell. Firmen und Privatpersonen, die umweltfreundlich wirtschaften, sollen steuerlich begünstigt werden. Darüber hinaus erhalten sie finanzielle Unterstützung bei der ökologischen Modernisierung ihrer Anlagen. Außerdem werden mit den Geldern die Forschung und Entwicklung neuer Technologien gefördert sowie die Bevölkerung über die Folgen ihres Handelns aufgeklärt. Weiter wird die Infrastruktur nachhaltig ausgebaut, z. B. die Erweiterung und Verbesserung des Schienennetzes. Auch im privaten Bereich fördern wir den Naturschutz, z. B. die Regenwassernutzung.

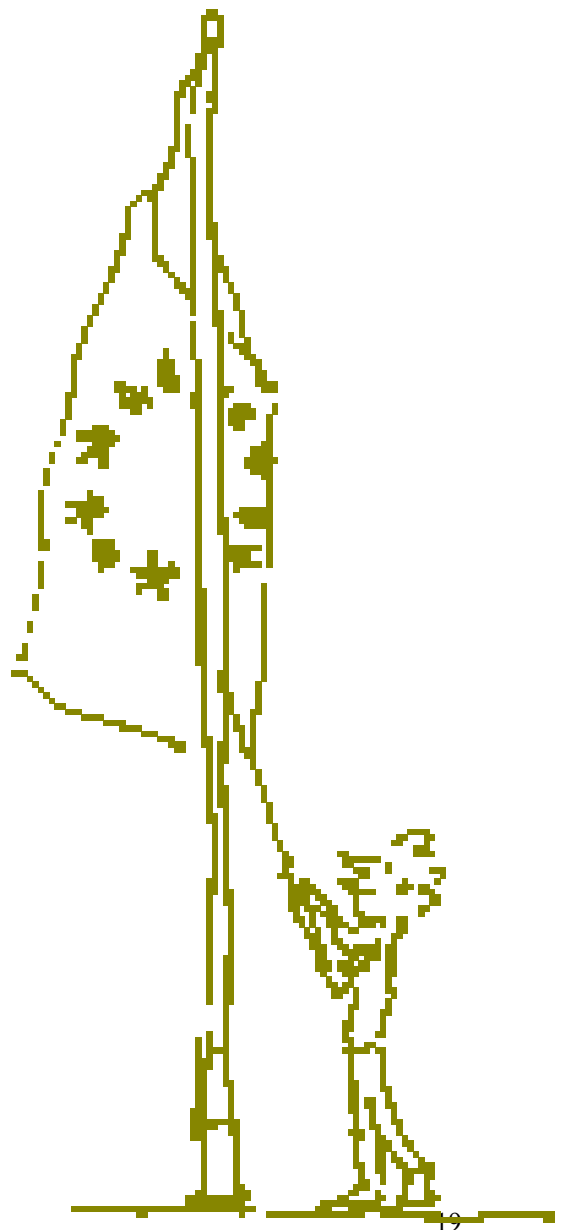
Die Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffbelastung können nur effektiv wirken, wenn die Grenzwerte europaweit angeglichen werden.

Weiter fordern wir Maßnahmen und Symbole, die das **Bewusstsein für den Umweltschutz wecken und stärken** – einen autofreien Sonntag quartalsweise, europaweit. Die Menschen sollen erkennen, dass sie auch auf einigen Luxus verzichten können. Beim Motorsport z. B. werden pro Rennen und Wagen mehr als 250 l Benzin verbrannt. Meist gelangen die Abgase ungefiltert in die Umwelt. Ist eine derartige Belastung ohne erkennbaren Nutzen hinnehmbar? Für Golfplätze und Skigebiete werden überall in Europa große Flächen geopfert. Wir fordern ein **Ende der Neuerschließung** derartiger umweltbelastender Freizeitflächen.

Ein weitere Idee, die während unserer Beratungen entstand, war die Einführung einer sog. „**öko-card**“. Sie soll ein ökologisches Verbraucherverhalten finanziell belohnen. Sie stellt eine sog. Bonuskarte dar, mit der man bei „ökologischem Einkaufsverhalten“ Punkte sammeln kann, die steuerlich abgesetzt werden können. Die Waren sind durch ein Siegel gekennzeichnet.

In der Zukunft werden große existentielle Probleme auf die Menschen unserer Erde zukommen. Unsere Lösungsansätze können erst der Anfang sein. Es geht um unsere Zukunft, deren Bewältigung schon heute beginnt und nicht auf unsere Kinder abgeschoben werden kann. Grundlegende Einschnitte in unseren Alltag und ein **grundlegendes Umdenken** werden gefordert sein. Nicht nur die großen Unternehmen sind gefragt – jeder Einzelne wird sich umstellen müssen. Nur so kann Nachhaltigkeit gelingen. Dieses kann nur mit Mut und nicht mit Verzagen geschehen.

„Das Gegenteil von Nachhaltigkeit ist Selbstmord“ (WWF)



Jugendparlament

für ein erweitertes Europa

15.-20. September 2002
Landtag Rheinland-Pfalz

Anhang (nicht im Plenum abgestimmt)

Umweltschutz

Umweltschutz ist die Pflege unseres Umfeldes. Polen behandelt die Problematik als zweitrangig und verstößt gegen gängige Umweltnormen, weil es die wirtschaftliche Situation nicht zulässt (*sie zu beachten*).

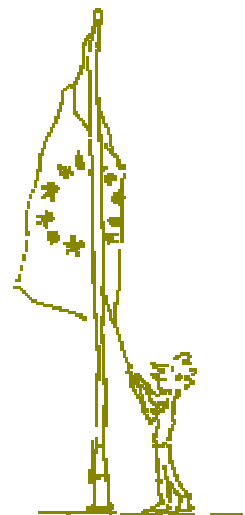
Für polnische Industrielle zahlt es sich eher aus, eine Strafe wegen Verstoßes gegen Umweltnormen in Kauf zu nehmen, da die Anschaffung von Filtern und Entwässerungsanlagen um einiges teurer ist als die Strafe. Saurer Regen, das Ozonloch, verschmutzte Flussläufe, um nur einige der Folgen für die Umwelt zu nennen.

Saurer Regen verseucht den Boden und macht die Erde unfruchtbar, so dass Wälder sterben und Äcker weniger Ertrag bringen, was wiederum einen wirtschaftlichen Schaden verursacht.

Wenn wir der EU beitreten, werden wir uns EU-Normen unterordnen müssen, was den Umweltschutz in Form von Recycling, Entwässerungsanlagen und Verminderung von Schadstoffemissionen betrifft.

Ein sehr ernstes Problem, nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Ländern, ist das Abrotten von Wäldern. Somit wird die natürliche Luftsäuberungsfunktion der Wälder deutlich eingeschränkt.

Durch den EU-Beitritt erhoffen wir uns, dass Umweltprobleme durch gemeinsame Umweltpolitik gelöst werden. Wenn wir mit den Mitgliedern der EU richtig zusammenarbeiten werden, beschränken wir die Kosten für die Ökologie. Die EU kann uns helfen, aber es ist für uns völlig klar, dass sie nicht für uns unsere Probleme löst. Die Vorschriften sind auch nicht im Stande, die Mentalität und die



schlechten Gewohnheiten der Menschen zu verändern. Letztlich hängt es nur von uns ab, wie wir diese Unterstützung der EU nutzen können.

Gleichberechtigung der Frauen

In Polen gibt es mehr Frauen als Männer. Sie sind besser ausgebildet, trotzdem arbeiten sie in niedrigeren Stellen als die Männer oder in denselben Positionen, jedoch mit niedrigerem Gehalt. Weil zum großen Teil die Arbeitgeber Männer sind, befürchten sie, dass eine Schwangerschaft die Arbeitskraft der Frauen beeinträchtigen wird. Die Männer behaupten auch, dass sich die Frauen in Männerberufen nicht eignen. Jahrelang haben die Männer das Bild einer idealen Frauen bevorzugt, die sich nur um Haushalt und Kinder kümmert. Im Endeffekt waren nur Männer berufstätig. Heutzutage reicht aber ein Gehalt nicht mehr aus, um die ganze Familie zu ernähren. Aus diesem Grund sind die Frauen auch gezwungen, eine Arbeit aufzunehmen.

Bis auf Irland haben die Frauen in der EU das Recht, über eine Abtreibung selbst zu entscheiden. In Polen ist die Abtreibung streng verboten. Wenn eine Frau ein Kind zur Welt bringt, welches sie z. B. aus finanziellen Gründen nicht alleine großziehen kann, gibt sie es zur Adoption frei. In Polen gibt es momentan mehr verlassene Kinder als Menschen, die dazu bereit wären, ein solches Kind zu adoptieren. Die Kinder erfahren keine Liebe und Fürsorge in einer familiären Atmosphäre. Heutzutage haben wir in Polen eine hohe und zunehmende Arbeitslosigkeit insbesondere betrifft das Frauen. Ein guter Ausweg aus dieser hoffnungslosen Situation ist eine möglichst hohe Ausbildung. Sie gibt den Frauen eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt. Viele Jugendliche können sich eine solche Ausbildung nicht leisten. Wir hoffen, dass sich die Situation der Frauen in Polen nach dem Beitritt in die EU verbessert und dass die Frauen genauso gut wie die Männer verdienen werden.

Landwirtschaft

Die polnische Landwirtschaft wird im Vergleich zur Landwirtschaft der EU-Staaten weniger subventioniert. Dadurch ist sie auch weniger effektiv und bringt den

Landwirten weniger Einkommen. Die Landwirtschaft in der EU ist besser strukturiert, besser entwickelt und wird vor allem besser bezuschusst. Die EU sichert den Landwirten den Absatz für ihre Produkte. In Polen haben die Landwirte große Probleme mit dem Absatz ihrer Produkte. Viele Landwirte leben am Existenzminimum. Die Landwirte bilden die größte Gesellschaftsgruppe, die dem Beitritt in die EU sehr skeptisch gegenüber steht. Sie haben Angst, dass sie dem Wettbewerb auf dem EU-Markt nicht standhalten können. Aus diesem Grund fordern die polnischen Landwirte höhere Subventionen, die die Modernisierung der jetzigen Landwirtschaft ermöglichen würden. Zur Zeit bringen die kleinen Bauernhöfe mehr Verluste als Gewinne. Ein gutes Beispiel dafür ist, dass die Verkaufsgewinne aus der Schweinezucht niedriger sind als der Aufwand. Außerdem sind die Anforderungen der EU an die Qualität des Getreides viel größer als die Erträge, die erwirtschaftet werden. Aus diesem Grund sind die europäischen Zuschüsse in gleichem Maße notwendig. Darüber sollen die polnischen Politiker mit der EU verhandeln.

